



Nokia-Bochum: Große Solidarität - aber welche Perspektive?

von www.arbeitermacht.de

Für die kurze Vorbereitungszeit von wenigen Werktagen und dem Demo-Termin (mittags an einem Arbeitstag) eine klasse Beteiligung. Die Schätzungen liegen zwischen 15000 und 30000. Eigentlich war der ganze Stadtteil auf den Beinen. An den Straßenrändern standen sehr viele, auf den Balkonen, an den Fenstern.

Die Demo

Es gab wohl kaum einen Betrieb in Bochum, der nicht eine Delegation geschickt hatte. Dabei waren auch ganze Schulklassen. Alle DGB-Gewerkschaften waren vertreten, aber auch die CGM. Peinlich auch die CDU-Delegation, etwa 10 Personen.

In zwei Betrieben gab es Arbeitsniederlegungen: Opel und Thyssen-Krupp-Steel.

Aus ganz Deutschland waren DemonstrantInnen gekommen. VW Beschäftigte aus Wolfsburg, Rüsselsheim und Kaiserslautern, von Ford-Köln, viele Delegationen und Grußadressen von verdi. Solidaritätsadressen gab es auch von den anderen Nokia-Standorten, so aus Ulm (Entwicklung).

Und auch aus Finnland kam ein Solidaritätsschreiben. Vielleicht sehen die KollegInnen in Finnland sehr deutlich, welche Bedrohung die Vorgehensweise der Nokia-Manager auch für ihre Arbeitsplätze bedeutet.

Es gab schon etliche emotionale Elemente, das waren nicht die Leute, die sonst auf Demos zu sehen sind. Es war eine Arbeiterdemo. Gerade die Spitze der Demo war bestimmt von den Nokia-ArbeiterInnen. Auch die Delegation der Bochumer Feuerwehrleute war beeindruckend- sie waren samt Löschzug gekommen.

Ein wenig ahnte man, wozu die Klasse fähig ist, wenn sie befreit wäre von der Führung der BürokratInnen.

Die Kundgebung

Die Kundgebung kann man eigentlich in zwei Teilen. Es war erfreulich, dass etliche KollegInnen von Nokia zu Wort kamen. Das waren keine Politprofis, die haben sich einfach ihren Frust von der Seele geredet, die Empörung über die Arroganz der Nokia-Bosse. Es waren aber auch authentische Dokumente des Abschieds von



Illusionen über die Sozialpartnerschaft.

Dann die Reden von der Oberbürgermeisterin, von IGM Chef Huber und vom CDU-Wirtschaftsstaatssekretär aus Berlin: Viel starke Worte, aber mehr Desorientierung als klare Aussagen.

Vor allem kam zwischen den Zeilen nicht nur bei SPD und CDU, sondern auch der IGM-Spitze klar raus, dass bei aller „Anteilnahme“ und „Empörung über die Unanständigkeit“ von Nokia die Schließung des Werks als „unvermeidlich“ akzeptiert wird. Das zeigte sich auch oder gerade dann als Huber damit drohte, dass die IG Metall kämpfe werden, wenn sich das Unternehmen „nicht bewege,“ sprich zu „ordentlichen“ Verhandlungen über Schließung und Sozialplan „zurückkehre.“

Wenn sich die Situation weiter verschlechtert, dann wäre aber auch die IG Metall zum Kampf bereit drohte Huber. Erhebt sich nur die Frage, was denn noch schlechter werden könnte, wenn der Betrieb geschlossen und alle gefeuert werden sollen?

Zur Belegschaft

1600 arbeiten in der Produktion, 400 in Entwicklung und Forschung, der Rest überwiegend in der Verwaltung. In der Produktion sehr viele Frauen, davon viele Migrantinnen. Dazu kommen noch einmal so viel, die als LeiharbeiterInnen beschäftigt sind und z.T. schon nicht mehr im Betrieb sind.

die Belegschaft hat kaum Kampferfahrung. Am Mittwoch nach der Bekanntgabe der Schließung wollten wohl etliche das Werkstor blockieren, sind aber zurückgepfiffen worden. Viele stehen irgendwie noch unter Schock. Sie hatten in Nokia Vertrauen entwickelt, den Sprüchen der Nokia-Manager vertraut.

Bisher haben sie fast immer ja gesagt, wenn Nokia Flexibilität von ihnen verlangte. Einmal haben sie sich verweigert, als Nokia eine Arbeitszeitverlängerung ohne

Lohnausgleich verlangte - ansonsten hat der Betriebsrat sämtliche Grausamkeiten mitgemacht. Mangelnde „Flexibilität“ kann man der Belegschaft nicht nachsagen von Seiten des Kapitals - gesichert hat es die Arbeitsplätze keinesfalls.

Unabsehbar war die Entwicklung sicher auch nicht. So hatte Nokia z.B. die Zahl der Azubis auf 20 runtergefahren - ein klares Signal, dass eine Verlagerung der Handyproduktion schon länger beabsichtigt war.

Besonders stinkt den Beschäftigten der Ethik-Katalog von Nokia. Jährlich müssen sich alle einem „Auditing“ zu ihrem Verhältnis zur Firma und ihren „ethischen“ Grundsätzen unterziehen. Die Verlesung dieser „Nokia-Grundsätze“ war pure Realsatire.

Wohin?

Wenn dieser Tag für irgendetwas gut war - er hat den Beschäftigten bei Nokia absolut den Rücken gestärkt, ihnen gezeigt, dass Solidarität tatsächlich lebt. Und das kann die Grundlage für Aktionen in nächster Zeit gelegt haben.

Auf die KollegInnen prasselt einiges ein. Sie haben nicht viel Zeit für Aktionen, müssen sich aber mit einer Vielfalt von Fragen auseinander setzen - leider auch mit

falschen Ratgebern.

Wenn die Schließung des Werks verhindert werden soll, dann kann das nur über eine Besetzung und die entschädigungslose Enteignung des Betriebs sowie die Fortführung der Produktion unter Kontrolle der Beschäftigten laufen.

Die Vertröstung auf weitere Verhandlungen, die ob eingeständenermaßen oder im Stillen um einen Sozialplan laufen, die Orientierung auf „Kaufboykott“ oder ähnliches wird Nokia nicht von einer strategischen Entscheidung abbringen, die, vom Profitinteresse des Konzerns aus betrachtet, durchaus rational ist.

Schließlich geht es Nokia wie jedem anderen Kapitalisten - ob nun aus Finnland, den USA oder der BRD - darum, nicht nur irgendeinen Profit, sondern einen möglichst großen zu machen. Aus diesem Grund hat Siemens seine ganze Handysparte in den letzten Jahren abgestoßen. Aus diesem Grund will Nokia nach Rumänien verlagern.

Ein Besetzungstreik muss zugleich von Solidaritätsaktionen - am besten mit Solidaritätsaktionen - im Konzern und anderen Betrieben in der Region und in der Branche verbunden werden. Nur so haben die ArbeiterInnen und Angestellten im Konzern noch eine Chance.

Gefängnisausbruch: Hunderttausende Palästinenser strömen nach Ägypten

von www.ism-germany.net

Über 350.000 Palästinenser strömten bisher aus dem Gazastreifen nach Ägypten, nachdem Unbekannte am frühen Mittwochmorgen an mehreren Stellen Grenzabsperzungen zwischen dem Gazastreifen und Ägypten in die Luft sprengten.

Im Laufe des Vormittags rissen Palästinenser weitere Teile der Grenze mit Baggern ein. Polizisten der Hamas haben mittlerweile die Kontrolle über die neuen „Grenzübergänge“ genommen. Ägyptische Sicherheitskräfte schritten bisher nicht ein.

Die Menschen machten sich zu Fuß, per Auto oder mit Eselkarren auf den Weg in die ägyptische Stadt Al-Arish, wo sie Nahrungsmittel, Benzin und Zigaretten kauften und manche sogar ihre Viehbestände aufstockten. Händler aus Gaza sendeten LKWs, um Mehl und Medizin über die Grenze zu schaffen. Viele Palästinenser kauften sich auch neue Kleidung, da diese nach 8-monatiger Belagerung ebenfalls knapp geworden war.

An den Grenzübergängen haben mittlerweile schon Verkäufer ihre Stände aufgebaut, wechseln Geld und bieten Erfrischungen und Backwaren.



Mohammed Abu Ghazel (29) berichtete, er hätte die Grenze seit diesem Morgen schon dreimal überquert, in Ägypten Zigaretten im Wert von 200 Schekel (ca. 40 EUR) gekauft und diese in Gaza für den fünffachen Preis verkauft. „Damit kann ich meine Familie einen Monat lang ernähren.“

Auch Palästinenser die seit Monaten auf der ägyptischen Seite auf die Öffnung der Grenzen warteten, nutzten nun die Chance in ihre Heimat zurückkehren zu können.

Hamas-Sicherheitskräfte wiesen die Bevölkerung Gazas an, die ägyptischen Sicherheitskräfte zu respektieren, zu kaufen was sie brauchen und dann wieder nach Gaza zurückzukehren. Wer für die Öffnung der Grenze verantwortlich ist, ist bisher noch nicht bekannt. Am Montag kündigte das Volkswiderstandskomitee, die Grenze notfalls gewaltsam öffnen zu wollen.

Nachdem Israel am Dienstag Hilfslieferungen in den Gazastreifen erlaubt hatte, kündigte die israelische Regierung nun an, die vollständige Belagerung des Gaza-Streifens, als Antwort auf die Sprengung der Grenzab-

sperrungen, wieder aufzunehmen.

Quellen: Haaretz, Ynet News, Al-Jazeera, Ma'an News, IMEMC

Ausgekocht?

von LZ 28.01.2008

Die CDU ist mit einem minimalem Vorsprung wieder stärkste Partei in Hessen geworden. Mit 0,1 Prozent, das sind in Wählerstimmen 3.595 Stimmen Differenz.

Die aktuellen Ergebnisse zeigten den ganzen Abend über ein Kopf an Kopf-Rennen von CDU und SPD. Das vorläufige amtliche Endergebnis zeigt einen hauchdünnen Vorsprung der CDU:

Partei	Stimmen %	Sitze
CDU	36,8	42
SPD	36,7	42
GRÜNE	7,5	9
FDP	9,4	11
Linke	5,1	6
Reps	1,0	
NPD	0,9	

Trotzdem kann Koch keine Regierung mit der FDP bilden. Sie kommt auf maximal 53 Sitze mit der FDP. Dem stünden 57 Stimmen der Opposition gegenüber.

SPD/Grüne können nur mit Hilfe der FDP eine Regierung bilden. Das lehnt die FDP (noch) ab.

Eine zweite Option wäre die Bildung einer rot/grünen Minderheitsregierung. Die LINKE hat ja schon ihre Bereitschaft kundgetan, Ypsilanti als Ministerpräsidentin zu wählen

Die CDU hat etwa 12 Prozent verloren

Eine Regierungsmehrheit mit der FDP kann sie nicht bilden, da die LINKE mit 5,1 Prozent in den Landtag gekommen ist.

Egal wer die neue Regierung bilden kann, eines steht schon jetzt fest: Roland Koch hat eine derartige Abfuhr erhalten, dass selbst seine bundespolitische Zukunft gefährdet scheint. Die Einbrüche der Wahlergebnisse sind für die CDU desaströs.

Die ganze rassistische Hetze hat ihm nichts genutzt, ganz im Gegenteil.

Selbst wenn CDU/FDP noch knapp die Nase vorn haben sollten, was sich zur Zeit nicht abzeichnet, wird das Regieren sehr unkomfortabel.

Auch Kultusministerin Wolf verliert ihr Direktmandat in Darmstadt, sie kommt nur über die Landesliste in den Landtag ein.

Die FDP hat fast 2 Prozentpunkte zugelegt, wohl hauptsächlich auf Kosten der CDU.



SPD

Die SPD konnte im Vergleich zur Wahl 2003 deutlich zulegen. Vom historischen Tief 2005 mit 29,1 Prozent steigerten sich die Sozialdemokraten um 7,8 Prozentpunkte auf 36,7 Prozent. Noch nie zuvor konnte die hessische SPD bei einer Landtagswahl so stark zulegen.

Die nordhessischen Wahlkreise sind fast alle an die SPD zurückgefallen.

Andrea Ypsilanti hat ihr Direktmandat in Frankfurt gewonnen.

Die Grünen verlieren fast 2 Prozentpunkte.

Die Linke im Hessischen Landtag

Für die Linke ist ein Einzug in den hessischen Landtag mit 5,1 Prozent ein Erfolg. Gerade nach dem blassen Wahlkampf, der am Anfang vom unrühmlichen Abmoben des Spitzenkandidaten Pit Metz geprägt war

Die Linke hat auch dort Stimmen gesammelt, wo sie kaum Wahlkampf gemacht hat.

Ein Beispiel: in der kleinen Stadt Liebenau in Nordhessen kommt die Linke auf über 7%. Bei der Bundestagswahl gab es dort noch einige aktive WASG Mitglieder, die aber inzwischen ausgetreten sind.

In Kassel erreichte die Linke 8,5 Prozent. In Frankfurt holte die Linke 7,1 Prozent. In der Gemeinde Cornberg wurde mit 13,3 % das bisher höchste bekannte Ergebnis erzielt.

In einem Schreiben der LINKEN an die Mitglieder heisst es am Wahlabend :

„Es liegt jetzt an uns, dafür zu sorgen, das die Menschen mehr Vertrauen in die Politik und besonders in unsere Partei setzen.

Und es liegt jetzt auch an uns, die Weichen so zu stellen, das die Menschen uns nicht nur als Protestpartei wahrnehmen, sondern das sie mit uns auch Problemlösungs- und Sachkompetenz in politischen Fragen verbinden.

Nach einer gründlichen Analyse werden wir uns in diesem Jahr auf den Parteientwicklungsprozess konzentrieren und uns eine Struktur schaffen, die es uns ermöglicht, zu einer dauerhaften Größe im Land zu werden. Nur wenn wir uns unserer Stärken und unserer Schwächen bewusst sind, können wir aus der Analyse Maßnahmen ableiten und Prozesse voranbringen, die uns in die Lage versetzen, Politik in Hessen dauerhaft mitzugestalten.“

NPD-Desaster

Die NPD hat 0,9 Prozent der Zweitstimmen bekommen. Ihr Wahlkampf ist weitgehend gescheitert. Das lag sowohl daran, das ihr Roland Koch die Themen genommen hat, aber auch an den Aktivitäten vieler AntifaschistInnen in Hessen. Die Republikaner kommen auf ein Prozent.

Die Wählerschaft der Rechten liegt bei etwa 51000 Stimmen.

Vorläufiges Fazit

Die SPD-Führung um Beck sieht sich in ihrem verbal linkerem Kurs bestätigt. Ypsilanti hat damit extrem gepunktet, der SPD-Kandidat in Niedersachsen, Jüttner, erlebte mit seinem zögerlichen Abrücken von der Schröder-Linie einen Einbruch.

Koch's Karriere hat einen deutlichen Knick bekommen, seine rassistische Kampagne hat zu Recht die WählerInnen in Hessen abgestossen. Koch hat gerade bei jüngeren WählerInnen erheblich Stimmen eingebüßt

In beiden Bundesländern hat die CDU Wählerstimmen verloren.

Die LINKE hat erstmals in 2 Flächenländern den Einzug in Landesparlamente geschafft.

36 Prozent haben in Hessen nicht gewählt, 68000 Stimmen wurden als ungültig gewertet. MigrantInnen dürfen weiterhin nicht wählen. 736 038 Menschen in Hessen haben keine deutsche Staatsbürgerschaft. Davon dürften über 500000 im wahlberechtigten Alter sein. Eingebürgert wurden davon in Hessen 2006 gerade mal 13676.

Kenia: Massenaktionen können Präsident Kibakis Herrschaft beenden

von Keith Spencer, www.arbeitermacht.de ,
24.01.2008

Eine weitere Präsidentschaftswahl hat einen fragwürdigen Ausgang genommen. Wie in Mexiko 2006 und in Nigeria 2007 hat der am schärfsten neoliberale Kandidat ‚gewonnen‘. Zwar hat der populistische Gegenkandidat Raila Odinga zu einer neuen Protestrunde aufgerufen, aber die Massen müssen sich über seine Haltung, die nicht von Entschlossenheit geprägt ist, hinweg setzen.

Zugleich haben sich die Imperialisten bzw. verschiedene ihrer Agenten als „Vermittler“ angeboten. Kofi Annan wurde aus der politischen Versenkung geholt, um als „Neutraler“ die Lage zu beruhigen. Das ist zweifellos Gift für jede weitere Entwicklung. Wenn die Massen siegen wollen, was der mexikanischen und nigerianischen Opposition misslang, muss die Regierung gestürzt werden. Die kenianische Opposition hatte ab dem 16.1.2008 einen 3tägigen Massenprotest angekündigt, da Versuche zu einer gemeinsamen Regierungsbildung mit Präsident Mwai Kibaki gescheitert waren.

Der ghanaische Präsident John Kufior fuhr unverrichteter Dinge nach Haus, nachdem es ihm nicht gelungen



war, Kibaki und seinen Herausforderer Odinga von der „Orangen Demokratischen Bewegung“ (ODB) an den Verhandlungstisch über den verfälschten Wahlausgang zu bringen.

Kibaki hat stattdessen bereits sein neues Kabinett vorgestellt und wiegt sich in Sicherheit einer zweiten Amtszeit. Odinga und die ODB, die in den gleichzeitigen Parlamentswahlen als klare Sieger hervor gegangen sind, müssen ihre Bewegung angesichts der Bedrohung durch Polizei und Armee neu beleben.

Wahlen

Die Parlamentswahl hat Kibaki und seiner Partei der Nationalen Einheit (PNE) eine vernichtende Niederlage gebracht. Die PNE konnte gerade einmal 37 Sitze errin-

gen gegenüber 100 der ODB. 20 von 27 Ministern verloren ihr Mandat, dazu auch der stellvertretende Präsident ebenso wie 3 Mitglieder der Familie des ehemaligen Präsidenten und Korruptionskönigs Daniel Arap Moi.

Dieses war eine klare Absage an alle, die mit der alten Herrschaftsclique aus persönlicher Bereicherung, Großkapital und Neoliberalismus verbunden sind. Die ArbeiterInnen und Bauern stimmten in ihrer Mehrheit für eine neue Ausrichtung und verbanden damit die Hoffnung auf ein Ende der Armut, eine Hoffnung, die sie - wenn auch zu Unrecht - mit der ODB verbanden.

Die Präsidentschaftswahlen zeigten jedoch ein anderes Ergebnis. Die Auszählung einen Tag nach der Bekanntgabe des Resultats der Parlamentswahlen ergab eine Stimmenmehrheit von 200.000 für Kibaki, obschon Odinga ein großer Sieg vorausgesagt worden war.

Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen und Proteste gegen den gestohlenen Wahlsieg folgten auf dem Fuße. Wenige Tage später bekannte der Vorsitzende der ‚unabhängigen‘ Wahlkommission, er wisse nicht, wer gewonnen habe und dass einige Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien, z.B. eine 115%ige Stimmabgabe in einem Bezirk.

Kibaki antwortete mit brutalem Einsatz von Armee und Polizei, einer Ausgangssperre und einer Medienabschaltung. Mindestens 600 Menschen sind Mitte Januar getötet worden. 250.000 mussten ihre Wohnungen und Häuser verlassen. Die westlichen Medien wollen uns einen innerethnischen Zwist als Hintergrund weismachen und die gesamte Auseinandersetzung in Kenia als „Stammeskrieg“ darstellen.

Aber in Wirklichkeit ist der wahrscheinlich überwiegende Teil der Gewalt von staatlichen Einheiten verübt worden. Polizei und Armee haben eine Politik des Schießens und Tötens betrieben, ein Journalist sprach von 40 Toten mit Schusswunden, die er in einer Leichenhalle der pro ODB-Stadt Kisumu aufgebahrt entdeckt hatte.

Ein kurzer Blick auf die Meinungsumfragen vor den Wahlen zeigt, dass es um mehr ging als um den Streit zwischen den Kikuyu und den Luo, wie es die westlichen Medien darstellen. Kibaki erhielt in den Umfragen zwischen 35-40 Prozent, was über dem 22%igen Anteil der Kikuyu an der kenianischen Bevölkerung liegt. Odinga konnte in den Umfragen 43-45% für sich beanspruchen, auch weit mehr als die 12% der Kenianer mit Luo-Herkunft.

Kikuyus Unterstützung erwächst aus der Kikuyu-Eliteschicht und Teilen des alten Regimes, das sich auf die Kenianische Afrikanische National Union (KANU) stützt, während Odingas Rückhalt sich aus der großen Anzahl von Menschen speist, an denen der wirtschaftliche Aufschwung Kenias spurlos vorbei gegangen ist.

Es hat auch innerethnische Konflikte gegeben, wie z.B. die Einäscherung einer Kirche, die von Flüchtlingen bevölkert war. Mehr als 30 Menschen fielen ihr zum Opfer. Einige dieser Übergriffe richteten sich hauptsächlich spontan gegen Kikuyu-Geschäfte, während andere von Politikern beider Couleure vor und nach Wahlen ange-

facht worden sind.

Kenia seit der Unabhängigkeit

Kenia erhielt 1963 seine Unabhängigkeit vom britischen Empire nach dem blutigen Mau Mau-Krieg in den 50er Jahren, in dem die Briten mit Gewalt gegen die Kenianer, v. a. die Kikuyu vorgehen. Seit der Unabhängigkeit wurde das Land bis 2002 von der KANU-Partei regiert, die von Präsident Jomo Kenyatta bis zu dessen Tod 1978 geführt wurde. Ihn beerbte Arap Moi bis 2002.

Trotz Kenyattas Engagement im Kampf gegen die britischen Imperialisten (er war 8 Jahre lang eingekerkert) erwies er sich in seiner Präsidentenzeit als treuer Freund westlicher Regierungen und des Großkapitals, die die KANU-Führung mit Geschenken außerhalb gesetzlicher Regelungen bedachten.

In den 90er Jahren setzten die Weltbank und der IWF Arap Moi unter Druck, um einige strukturelle Anpassungen mit einem Liberalisierungsprogramm vorzunehmen. Doch dessen Maßnahmen genügten nicht, denn 2002 triumphierte Kibaki mit seiner Nationalen Regenbogenkoalition über Arap Mois Nachfolger bei den Präsidentschaftswahlen.

Im Amt setzte Kibaki dann die Privatisierung der Wirtschaft fort - z. B. wurden im letzten Jahr die Eisenbahnen verkauft - und hofierte neue Investoren aus Finanzwesen und Informationstechnologie. Unter seiner Herrschaft steigerte Kenia seine wirtschaftlichen Zuwachsraten um mehr als 5% verglichen mit dem Stillstand des Bruttoinlandsprodukts zu Arap Mois letzter Amtszeit.

Aber Kibaki trat auch das Erbe von Arap Mois Korruptionspolitik an. Er diente als Finanzminister in Kenyattas und Arap Mois Regierungskabinetten und wusste natürlich von der Selbstbedienung von den internationalen Konzernen und der KANU-Elite an den Reichtümern des Landes. An der Macht hat Kibakis Regierung zwar Untersuchungen gegen Arap Moi und dessen Familie eingeleitet, die aber im Sande verliefen, obwohl erwiesen ist, dass diese Millionen von Dollar auf Schweizer Banken gehortet haben. In Kibakis Amtszeit fallen selbst wiederum Bestechungsskandale, namentlich die Affären Goldenberg, Anglo Leasing und Safaricom.

Die Regierung veröffentlichte ein Dokument unter dem Namen Vision 2030, wonach Kenia bis 2030 zur vorherrschenden kapitalistischen Ökonomie Afrikas ausgebaut werden soll. Kenia wird vom internationalen Kapital bereits als Plattform für weitere Investitionen in dem Erdteil gehandelt. Die Ernten seiner Landwirtschaft, die immer noch von weißen Landbesitzern beherrscht wird, sind in europäischen Supermärkten zu finden und bringen dem Land etwa ein Viertel seiner Einkünfte ein; das Gros des Nationaleinkommens verteilt sich auf die Tourismus- und Dienstleistungsbranche.

Doch trotz dieser Zuwächse leiden die meisten Einwohner des Landes größere Not als zuvor. Das Prokopfeinkommen beträgt ungefähr \$ 550 im Jahr. Im Schnitt verdienen die Armen \$ 200 pro Jahr. Selbst Kibaki musste zugeben, dass 46% der Bevölkerung in Armut leben. Die Einkommensschere verdeutlicht sich an Hand der Parlamentarierjahresbezüge von \$ 60.000. Auf dem

Lande ergibt sich ein ähnliches Bild: weiße Farmer beherrschen die Landwirtschaft trotz einiger Versuche, auch Afrikanern großflächigeren Landbesitz zu ermöglichen. Die einheimischen Kleinbauern darben jedoch schon mehrere Jahre an Hunger und Dürre.

Trotz Armut und zunehmender Ungleichheit ist Kenia für die Operation des Weltkapitalismus in Afrika von strategischer Bedeutung und ebenso als Partner von Bushs ‚Krieg gegen den Terror‘. Dafür spricht die rasche Anerkennung der Kibaki-Regierung durch die USA und die Äußerung, dass es Wahlfälschung wohl auf beiden Seiten gegeben habe. Während die EU und andere internationale Beobachter von Unregelmäßigkeiten gesprochen haben.

Diese unterschiedlichen Bewertungen haben freilich nichts mit unterschiedlichen Haltungen zu Wahlbetrug oder ähnlichem zu tun, sondern v.a. damit, dass der afrikanische Kontinent selbst zu einem wichtigen Feld der Konkurrenz zwischen den imperialistischen Blöcken—v.a. USA und EU - sowie China wird.

Die Orange Demokratische Bewegung

Wie Kibaki so ist auch Odinga alles andere als ein unbeschriebenes Blatt in der Politik Kenias. Raila Odinga führt die ODB und war schon unter Kenyatta und Arap Moi als Teil des Establishments tätig. Er entzweite sich mit Arap Moi über die Kandidatenfrage für KANU bei den Präsidentschaftswahlen 2002, die schließlich zu Gunsten von Kenyattas Sohn Uhuru entschieden wurde.

Dieser sitzt nunmehr in Kibakis Kabinett. Odinga sagte damals Kibaki seine Gefolgschaft für die Gegenleistung, ihm den Posten als Premierminister zu verschaffen zu. Nach den Wahlen jedoch wurde er mit dem Transportressort abgespeist. Odinga gründete daraufhin die ODB und trat erfolgreich gegen Kibakis Pläne zur Verfassungsänderung 2005 auf, die die Macht des Präsidenten noch mehr gestärkt hätten. Es handelt sich folglich nicht um innerethnische Auseinandersetzungen, vielmehr wird Kenias Politik bestimmt durch eine Handvoll mächtiger Persönlichkeiten und deren Clan. Kenyatta, Arap Moi, Kibaki und Odinga schmiedeten Bündnisse oder zerstritten sich über die persönliche und verwandte Macht- und Wohlstandsfrage, aber nie um politische Grundsätze.

Arbeiterklasse und Widerstand

Die Zentrale Organisation der Gewerkschaften Kenias (ZOG), also der gewerkschaftliche Dachverband, hat eine jämmerliche Rolle gespielt. Ihr Generalsekretär sagte: „Das Problem war politisch motiviert und sollte politisch gelöst werden.“ Das ist zwar korrekt, doch die ZOG zieht daraus den Schluss, dass die Gewerkschaften nicht eingreifen sollten. Stattdessen appellieren sie an Kibaki, Gespräche über die Lösung der Krise zu beginnen, obwohl Kibaki und seine Politik selbst ja Teil des Problems sind, und fordern sichere Straßen und Arbeitsstätten für ihre Mitglieder, was, da es keine Arbeitermiliz gibt, nur heißen kann, Polizei und Armee beherrschen die Straße mit ihrer Gewalt.

In Kenias Geschichte hat KANU die Gewerkschaften dominiert. In den 90er Jahren hat die Regierungspartei die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst verboten, hat sich in gewerkschaftliche Wahlen eingemischt, Funktionäre ernannt und eine willfährige Bürokratie gemästet. Aber es wurden auch Anklagen wegen Korruption erhoben. Druck von der Gewerkschaftsbasis nötigte Ende der 90er Jahre Gewerkschaftskandidaten zum Rückzug aus dem behördlichen Gremium des Nationalen Sozialen Sicherheitsfonds, weil sie sich weigerten, sich für Arbeiterinteressen einzusetzen.

Dennoch wurden in diesem Zeitraum mehrere bedeutende Kämpfe um Löhne und Arbeitsplätze ausgefochten, so dass sich der IWF bemüßigt sah, die Arbeiter für die stagnierende Wirtschaft verantwortlich zu machen. Eine korrupte pro-kapitalistische Bürokratie lähmt zwar die ZOG, aber sie bleibt eine Arena der Auseinandersetzung, wo die Basis mit Nachdruck ihre Forderungen nach Kampfmaßnahmen einbringen kann. Sie muss sich aber unabhängig organisieren, um die Bürokratie zu stürzen und ihre Kämpfe selber kontrollieren zu können.

Während der gegenwärtigen Krise haben sich junge Leute, das Durchschnittsalter der 36 Millionen Bewohner Kenias liegt bei 18 Jahren, zu Tausenden auf die Straße begeben. Aber Odinga, der übrigens in der DDR studiert hat, perfekt Deutsch spricht und in jungen Jahren als Maoist galt, und seine Umgebung sind Teil von Kenias politischer Kaste und werden nichts gegen die Herrschaft des Kapitals unternehmen und damit das Elend und die Armut der Massen beseitigen. SozialistInnen sollten unter folgenden Losungen auf die Straße gehen:

*** Aktionsausschüsse in Stadt und Land.**

Zu ihren Aufgaben gehört es, die Kämpfe gegen den Wahlskandal zusammen zu führen. Jugendliche errichten Straßensperren und demonstrieren, aber sie können weiter voran schreiten. Diese Ausschüsse sollten allen ArbeiterInnen und Bauern ungeachtet ihres ethnischen Hintergrunds offen stehen. Sie müssen auch die Verteilung von Nahrungsmitteln und Wasser übernehmen und das Verkehrswesen organisieren, zumal das Land still steht und bereits von Hungersnot gemunkelt wird - eine Gefahr, die von der Regierung genutzt werden könnte, um die Menschen wieder zurück zur Arbeit zu zwingen.

*** Arbeiter- und Bauernmilizen.**

Die Ausschüsse sollten die Massen im Kampf einen und den Schutz von Demonstrationen gegen Polizei- und Armeeübergriffe formieren. Die Miliz sollten aus allen Völkerschaften Kenias aufgestellt werden und einen Schutz gegen Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bieten.

*** Generalstreik.**

Die 2 Millionen ArbeiterInnen des Landes müssen ihre Macht nutzen, die Regierung am Regieren zu hindern. Dem Stillstand im Land muss eine aktive Perspektive vermittelt werden durch organisierte Arbeitsniederlegung in allen Bereichen und durch Streikpostenkettungen um Banken, Firmen und Häfen. Die

Arbeiterinnen sollten sich auch in Aufmärschen zeigen und jenen Tausenden einen Weg weisen, die schon gegen das Regime opponieren. Sie müssen eine Basisbewegung schaffen, die den Reformisten und korrupten Gewerkschaftsspitzen, die die Arbeiter vom politischen Kampf abhalten wollen, die Führung entwindet.

* Arbeiter- und Bauernregierung

Der Kampf gegen Kibaki darf nicht in der Wahl einer von Odinga geführten Regierung geschweige denn in einem Kompromiss zwischen beiden Seiten unter Vermittlung der Imperialisten oder ihrer Handlanger stecken bleiben. Odinga hat bereits verlauten lassen, er akzeptiere den freien Markt, und er wird gegen Privatisierung und die klaffende Wohlstandsschere untätig bleiben. Kenia braucht stattdessen eine Regierung für die ArbeiterInnen und die Armut, ein Regime, das Banken verstaatlicht und die Börse schließt, den Großgrundbesitz und das Großkapital einschließlich der imperialistischen Konzerne enteignet, und den Reichtum des Landes zur Hebung des Lebensstandards der Armut nutzt statt die Konten der wenigen reichen Kenianer und der kapitalistischen Firmen zu füllen.

Um eine solche Strategie zu fahren, müssen sich die Massen von allen Illusionen in Odinga befreien und eine Partei auf Klassengrundlage aufbauen. Statt eines Arrangements von wechselnden Bündnissen und einer Unzahl von Parteien, zu den Parlamentswahlen waren mehr als 100 angetreten, muss eine Arbeiterpartei aufgebaut werden, die auch den anderen armen Teilen der Gesellschaft wie den Bauern und der Jugend in den städtischen Elendsquartieren eine Führung bieten kann. ArbeiterInnen sollten auch die Hilfsangebote von Nicht-

regierungsorganisationen ausschlagen, die nur die ethnischen Teilungen oder die populistische Politik durch ihren regionalen Einfluss für Reformen innerhalb des Kapitalismus steigern würden. Gerade die NROs haben auf beschämende Weise armen Kenianern eine Teilnahme am Weltsozialforum 2007 in Nairobi nicht vor dem letzten Tag zulassen wollen, als jene dann massenhaft erschienen.

Errichtung einer Arbeiterregierung mündete, die sich auf die Macht von Dieses Beispiel zeigt, dass es für Sozialisten Möglichkeiten zur Organisation, Anleitung und zum Lernen von den Massen in ihrem Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung gibt. Der russische Revolutionär Leo Trotzki schrieb 1905 in seiner Abhandlung ‚Die permanente Revolution‘, wie in der Epoche des Imperialismus viele unerfüllte Aufgaben der demokratischen Revolution nur durch die Machteroberung der Arbeiterklasse und die Durchführung einer sozialistischen Revolution gelöst werden können. Seine Untersuchung wurde bestätigt durch die russische Revolution, die in der Arbeiterräten (Sowjets) gründete, und die sich anschickte, die Landfrage zu lösen, Rechte für ethnische Gruppen einzurichten und die Spuren des Feudalismus zu tilgen.

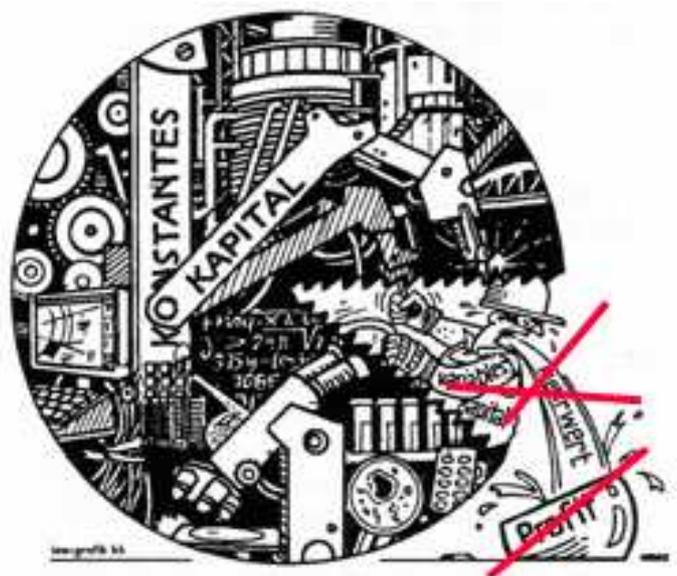
In Kenia können die Arbeiterschaft und ihre BundesgenossInnen die brennenden demokratischen Fragen nur durch Machtübernahme und das Einschlagen des Weges zum Sozialismus beantworten. Aber für einen Erfolg in diesem Kampf muss der Staat zerschlagen, der Kapitalismus gestürzt und durch eine vergesellschaftete Planwirtschaft ersetzt werden. Die derzeitige Krise in Kenia eröffnet eine Möglichkeit, diesem Ziel entgegen zu gehen.

Die postkapitalistische Produktionsweise

von Norbert Nelte , 12.01.2008

Basisdemokratisch solidarischer Plan oder Zwangswirtschaft in einer Gefängnis-Sklavenhaltergesellschaft, Sozialismus oder Barbarei?

Ein Gespenst knirscht rund um die Welt. Die Angst vor der Finanzkrise treibt im Londoner Finanzbezirk „City of London“ die Manager immer mehr in die Praxen der Arbeitsmediziner und Psychiater. „Fachärzte sehen einen kausalen Zusammenhang zwischen den Turbulenzen im internationalen Bankwesen und den steigenden Erkrankungszahlen.“ schreibt das deutsche Ärzteblatt. „Unsere Patientenzahlen sind binnen zwölf Monaten um zwischen 30 und 40 Prozent gestiegen“, so Mark Beadle, Hauptgeschäftsführer von „Capio Nightingale Hospitals“, einem privaten Anbieter psychiatrischer Versorgungsangebote in der Londoner City. „Unsicherheiten im internationalen Bankgeschäft und speziell der credit crunch in Amerika und dessen weltweite Auswirkungen haben dazu geführt, dass immer mehr Mitarbeiter im Bank- und Kreditwesen nervös geworden sind. Die berufliche Zukunft scheint unsicher und das führt unwei-



gerlich zu stressbedingten Beschwerden."

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=30979>

Langsam hat sich auch das Ende der kapitalistischen Produktionsweise auf der Basis der Profitproduktion bei den Eliten der Banken, Konzerne und der Politik herum-

gesprochen. Die Produktivität ist schon zu weit vorangeschritten, so dass der Anteil der Arbeit als einzige Quelle des Mehrwertes immer weiter verschwindet und durchschnittlich kaum mehr im produzierenden Gewerbe eine lukrative Profitrate erzielt werden kann.

In Deutschland fiel die Profitrate nach Robert Brenner in 1993 schon auf 3,5% (Robert Brenner, Boom & Bubble, S. 53). Da bringt ja schon jedes einfache Sparkonto mehr. Die meisten Menschen verwechseln die Profitrate immer mit den riesenhaften Milliarden Gewinnen. Aber das ist verkehrt. Natürlich muss man die Jahresgewinne immer in das Verhältnis zum eingesetzten Kapital setzen, und da sieht es eben nicht mehr so berühmt aus.

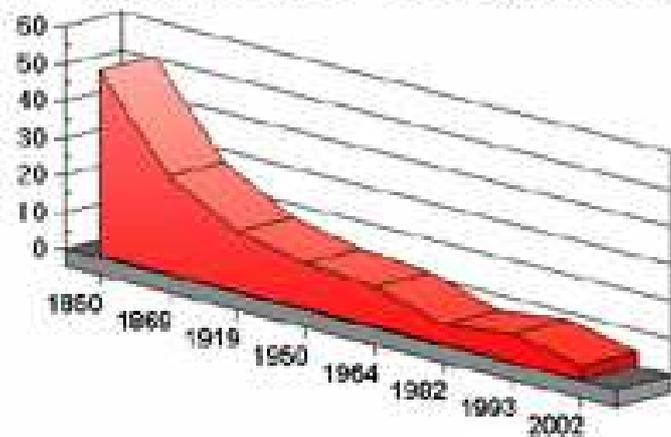
Die Betriebe rationalisieren doch, warum steigt dann die Profitrate nicht? Die Überlegung ist fürs erste schon richtig, nur, die Konkurrenz schläft ja auch nicht und rationalisiert auch. Somit steigen zwar die Kosten, aber die Preise werden letztlich nach unten gedrückt, die Profitrate sinkt. Das von Karl Marx entdeckte Gesetz des tendenziellen Falls wird von uns auf der Homepage einfach erklärt:

<http://www.marktende.de/BUECHER/NORBERT10.PDF>

(Diese Broschüre findet sich auch im Anhang von unserem Buch: „Norbert Nelte - Rosa Luxemburg, die Grenzen des Marktes und die Todeszuckungen des Kapitalismus“. Im Buchhandel und Internetshops, ISBN: 3837009793, 15€uro)

http://www.linkezeitung.de/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=3740&Itemid=250

% Profitrate 1850 - 2002 (geglättet)



In den Anfangszeiten des Kapitalismus während noch ursprünglich akkumuliert wurde, in Deutschland beispielsweise um 1850, wurde noch auf Grund der einfachen Maschinen eine Profitrate von 50% erzielt, heute auf Grund der Roboter eben in der Produktion nur noch 3,5% .

Die Produktionskonzerne machen aus diesem Grunde 95% ihrer Gewinne aus Finanzpapieren, in der Hauptsache erst einmal mit Aktienspekulationen (niedrig kaufen, teuer verkaufen). Dieses Phänomen wird Shareholder-Value-Kapitalismus oder Casino-Kapitalismus genannt. Finanzanlagen tätigt man auch mit überdurchschnittlich profitablen Beteiligungspapieren oder Roh-

stoffbeteiligungen besonders aus Ländern mit korrupten Politikern.

Zum Beispiel wird die Rendite der Ölmultis im Irak auf Grund des neuen Ölgesetzes, nachdem die ausländischen Ölkonzerne bei den neuen Funden 100% der Einnahmen behalten dürfen, auf über 150% geschätzt. Weiter werden Papiere gehalten, die über Verschachtelungen Weißwäsche aus dem Waffenhandel, dem Rauschgiftgeschäft, der Prostitution oder dem illegalen Glücksspiel betreiben. Daimler baut nur noch Autos, weil man nur mit ihnen Öl verkaufen und profitable Gewinne erzielen kann.

Die Bank- oder Vorstandsmanager kennen dieses Problem mit der durchschnittlich niedrigen Rendite. Beispielsweise erwirtschaftete Siemens in der Handy-Sparte nur noch 1% Rendite. Auch, wenn die Arbeiter umsonst gearbeitet hätten, hätte das für Siemens nur 4% gebracht. Deshalb verkauften sie die Werke schleunigst an die mehr innovativen Taiwaner BenQ. Der Anteil der Arbeit, die den Profit für das gesamte vorgeschossene Kapital erwirtschaften muss, war nur noch zu gering. Aber auch in manchen Autowerken beträgt der Lohnanteil nur noch 4%, aber auch bei den anderen Produktionsindustrien macht die Arbeit nur noch 10% aus. Siemens erklärte der staunenden Presse, dass sie in ihren chinesischen Werken 18% Rendite machen wolle. Unisono hieß es in den Medien, das sei ja wie vor dem 2. Weltkrieg, damals kannte man noch solche Margen.

Auch, wenn Telekom 5% erzielt, ist das für die Aktionäre viel zu wenig. Schließlich würden sie bei einem China-Fond 30% erhalten. Der Chef Obermann gliedert auf Druck des Private-Equity-Hauses Blackstone 60.000 Kollegen mit Hilfe der Gewerkschaftsführung von ver.di aus und wird sie letztlich in die Wüste oder auf Billigjobs schicken. Ver.di schreibt: „Gelegentlich tun Private-Equity-Fonds Gutes und finanzieren Unternehmensgründungen und junge Firmen“ (Verdi: Finanzkapitalismus, S. 8).

<http://spdnet.sozi.info/bawue/karlsruhe/karlsmitte/dl/finanzkapitalismus.pdf>

Auch die DGB-Gewerkschaften wissen keine andere Alternative mehr und unterstützen die Leichenfledderer, die von der Substanz leben. Sie haben alle sogar die Pensionsgelder ihrer Angestellten bei Blackstone verwettet. Der Sozialdemokrat Gerhard Schröder hat sogar die Private-Equity-Häuser 2002 zugelassen und die Spekulationsgewinne aus Aktien steuerfrei gestellt. Durch die Finanzkrise 2007 ist aber auch das Firmenübernahmengeschäft (Leveraged Buy Out) zusammengebrochen. Die Heuschrecken hatten auch wie alle Banken sich im Hypothekenmarkt engagiert und aufs falsche Pferd gesetzt. Das Vertrauen in den Dollar in der Welt ging verloren, der Dollar wurde knapp, die Zinsen stiegen und die Häuserkredite wurden notleidend. Keine Bank will den Private Equities mehr Geld leihen, auch trauen die Banken sich untereinander nicht mehr.

Die Inflation ist in Amerika schon auf 10% gestiegen und das Bruttosozialprodukt um 2,5% geschrumpft (Von Analysten geschätzte Zahlen, da die offiziellen massiv offensichtlich gefälscht sind). Das Bankensterben wird

im Laufe des Jahres weiter gehen, manche Großbetriebe den Geist aufgeben. Die amerikanischen Staaten werden von einem fiskalischen Notstand in den nächsten schliddern, bis das zu einem Dauerzustand werden wird. Das Handelsblatt schreibt am 9.1.08 unter dem Titel „US-Firmengewinne brechen ein“:

»„2008 werden wir eine Rezession der US-Wirtschaft sehen“, prophezeit David Rosenberg von Merrill Lynch seit Wochen. Auch Nouriel Roubini, renommierter Ökonom und Professor an der Stern School of Business der New York University, hält eine Rezession für unvermeidlich. „Die Frage ist nur noch, wie hart die harte Landung ausfallen wird“, schreibt Roubini in seinem Internet-Blog RGE Monitor.«

http://www.handelsblatt.com/News/Konjunktur-Ökonomie/Konjunktur/_pv/_p/200053/_tft/_b/1374102/default.aspx/us-firmengewinne-brechen-ein.html

Handelsblatt, 10.1.: »Die Vereinten Nationen haben wegen der Turbulenzen in der US-Wirtschaft vor einem drohenden Abschwung der Weltwirtschaft gewarnt. „Es besteht die klare und aktuelle Gefahr, dass die Weltwirtschaft in die Nähe eines Stillstandes gerät“, schreiben die Ökonomen der Weltorganisation in ihrer Vorhersage für die globale Konjunktur 2008. Auch die Weltbank und das Weltwirtschaftsforum (WEF) zeichnen düstere Szenarien für das laufende Jahr.«

http://www.handelsblatt.com/News/Konjunktur-Ökonomie/Konjunktur/_pv/_p/200053/_tft/_b/1375183/default.aspx/weltwirtschaft-droht-flaute.html

Spiegel, 10.1. »Gestern hatte Goldman Sachs erklärt, in den USA sei 2008 eine Rezession zu erwarten - unter anderem wegen der Krise am Immobilienmarkt. Im zweiten und dritten Quartal werde die Wirtschaftsleistung auf das Jahr hochgerechnet um jeweils ein Prozent schrumpfen. Im Gesamtjahr werde das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) lediglich bei 0,8 Prozent liegen.«

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,527800,00.html>

Glos plant Notprogramm für die Konjunktur titelt der Spiegel am 12.1.: „Die Bundesregierung korrigiert nach SPIEGEL-Informationen ihre Wachstumsprognose für dieses Jahr nach unten.“

So geht das im Minutentakt jetzt immer weiter. Diese katastrophalen Zustände beobachtet man in der ganzen Welt. Die Wirtschaften in Singapur und Indonesien sind von der Depression ergriffen. In China hat die Inflation bei den Lebensmitteln schon 18% erreicht, ein Aufstand musste schon mit Militärgewalt niedergeschlagen werden. In Deutschland ging der Autoabsatz um 13% zurück, die Inflation für die „Arbeitnehmer“haushalte kletterte auf 7% und die Arbeitslosigkeit auf 7 Millionen. Bisher konnte die Krise so lautlos über die Bühne gehen, weil diese Zahlen so massiv gefälscht werden. Die Autokonzerne meldeten gar selber ihre Autos auf sich an, um somit die Verkaufszahlen zu schönen. Der Dollar kann nur noch bei 1,47 pro Euro gehalten werden, indem die EZB massiv Gold verkauft und dafür Dollar kauft. Gold, im August noch bei 700 Euro, steht schon

bei 900. Am Goldkurs lässt sich am besten der Fortgang der Krise sehen, weil sie ja reales Geld für die Unze haben wollen, allen anderen Zahlen kann man kaum noch trauen.

Statt die Finanzen in Ordnung zu bringen, überziehen die Herrschenden ein Land nach dem anderen mit blutigen Kriegen und Verwüstungen. Wenn die USA schon nicht mehr ökonomisch die Vorherrschaft behalten kann, dann wenigstens militärisch, hoffen sie, aber ihre Ära ist abgelaufen und mit ihnen die Ära des ganzen Profitproduktionssystems. Zu dem ganzen Schreck kommen dann noch die Grenzen des Marktes, die hohen Ölpreise, das Peak-Oil und die horrenden Überschuldungen hinzu.

Der Kapitalismus baut auf dem Produktionssystem auf, dass erst für einen unbekanntem Markt produziert und dann mit einem wahnsinnigen Werbeaufwand die einzelnen Privatkapitalisten mit der Konkurrenz sich um die Märkte schlagen. Nachdem das „blinde“ Marktsystem am Zusammenbrechen ist, bräuchten die Vorstände ja nur sagen „Na gut, dann stellen wir erst den Bedarf fest und danach lassen wir produzieren.“ So einfach wäre das, da liegt das ganze „Geheimnis“ und Krisen, Arbeitslosigkeit, Inflation und Kriege bräuchte es hinfert nicht mehr zu geben.

Schön wäre das, denkst Du und legst in Erwartung der Supermänner die Hände in den Schoß. Aber auf die Supermänner wirst Du lang warten müssen, denn die Kapitalisten können derart gar nicht produzieren lassen bzw. haben gar kein Interesse, nach einem feststehenden Bedarfsplan herstellen zu lassen, denn dann würde sich überhaupt kein Mehrwert mehr für das Kapital ergeben.

Wenn die Produktionsmenge der Volkswirtschaft aber vor der Produktion feststehen würde, könnte der Einzelkapitalist keinen Profit mehr ausschlagen. Die Konkurrenz würde ihn unterbieten bis zu den realen Kosten und darunter. Je mehr die Produktionsmenge festgelegt ist, umso eher wird in einer ansonsten nicht geregelten Wirtschaft mit Dumpingpreisen gearbeitet.

Dieses Phänomen ist in ihren Anfängen bereits heute schon zu beobachten. Wir nähern uns mit der Kapitalisierung des letzten großen Raumes China einer festen Nachfragegröße an, falls kein neues Massenkonsummittel wie das Auto entwickelt wird, womit nicht zu rechnen ist. Die Konzerne werden im Ausland immer stärker



zu Rabattnachlässen gezwungen, so dass sich ihre Rendite im Durchschnitt immer mehr der Nullachse nähert. Gerade Deutschland entwickelt im Binnenmarkt keinerlei Auftriebskräfte mehr, so dass die Konzerne versuchen, diese Schwäche mit dem Export zu kompensieren, der immerhin noch ein Wachstum von 7% erreicht. Da die Waren im Ausland nach der Grenzkostenrechnung nur die stückvariablen Kosten (Rohstoffe, Halbfertigmaterial, Fertigungsstunden) decken müssen, macht sie aber für den inländischen Verbraucher teurer, weil er die ganzen Fixkosten (Verwaltungskosten, Betriebsmeister, Putzen) tragen muss. In das Ausland verkaufen die deutschen Konzerne nur noch ein Minimum, da verschenken sie fast nur. Der Arbeiter zahlt also den Verkauf der Konzerne ins Ausland. Es ist also nicht so, wie von manchen enttäuschten Arbeiterkritikern oft behauptet wird, dass die heimischen Kollegen vom Export profitieren würden, sondern umgekehrt. Wir alle müssen dafür bluten, dass Deutschland immer noch Exportweltmeister ist, nur mit Dumpingpreisen erkaufte, auch mit guter Qualität, aber in erster Linie mit Rabatten.

Es ist also kein Zufall, dass, je mehr wir uns den Grenzen des Marktes annähern, die Profitrate gegen Null tendiert und alle Katastrophen auf einmal zusammen kommen. Dass die preiswerten Ölvorräte auch jetzt noch versiegen müssen, gut, das ist das Pech des Kapitalismus, er hatte nun mal aus dem Vollen gelebt und sich zu wenig um die Entwicklung der erneuerbaren Energie gekümmert.

Nun können die Kapitalisten nicht mehr mit der ausgehenden Marktwirtschaft leben und auch nicht mit einer solidarischen Planwirtschaft. Aber die Eliten wollen doch an der Macht bleiben? Kleinbürger wie in „der Linken“ schlagen z.B. die Abschaffung aller Monopole vor. Nur, dann müsste man auch alle Maschinen zerschlagen, Internet, Container, Know-how, Telefon und alle Entwicklungen und die ganze Scheiße könnte wieder von vorne beginnen. Nein, im Ernst, den Bossen bliebe nur, eine Planwirtschaft durchzuführen und dabei den sogenannten freien Markt und Arbeitsmarkt abzuschaffen. Die Elite müsste die Löhne und Preise festlegen. Warum sollte sie dann noch den Arbeitern einen menschenwürdigen Lohn bezahlen? Warum überhaupt noch wählen lassen, das ginge doch dann gar nicht mehr?

Lenin zeigte in der Theorie, dass die [bürgerliche] Demokratie der beste Mantel für die kapitalistische Marktwirtschaft ist. Nun haben wir es aber nicht mehr mit der Marktwirtschaft, nicht mehr mit dem Kapitalismus zu tun, sondern mit einer bürgerlichen Zwangswirtschaft und hier ist der einzig mögliche Mantel die Weltdiktatur. Manche Vorbereitungen dafür weisen auch darauf hin: Der Entwurf für eine Diktatur „im Falle eines Angriffs“ vom Weißen Haus, das Bush-Dekret,

<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2007/05/20070509-12.html>

der Entwurf der neuen Währung Amero, die erst für die NAFTA, dann auch für die EU und den ASEAN-Pakt gelten soll, der Bau von KZs für 36.000 Aufmüpfige durch Halliburton, in Deutschland die Onlinedurchsuchung, Vorratsdatenspeicherung, Hartz IV, 1-Euro-Jobber und das ganze Arge-Chaos, die geplante Einkasernierung für junge Arbeitslose und durchdrehende Ü-



berflüssige, biometrische Pässe, Überflutung mit Überwachungskameras, Guantanamo und die Käfige in Rosstock, die Privatisierung des Militärs ala Blackwater, deren Bewaffnung mit Schalldämpfern (???) und Chemiewaffen (???) der Genozid an den Palästinensern, den Irak, Afghanen, Somalis etc. etc.

Jetzt wird es ungemütlich. Außerdem wird es jetzt geheim, Top Secret! Deshalb rate ich auch jedem empfindlichen Zeitgenossen, sich lieber etwas witziges vorzunehmen, z.B. Adolf, du alte Nazisau (Ich hock' in meinem Bonker)

<http://de.youtube.com/watch?v=Tv47iWKUv5A>

Vorausschicken möchte ich ein längeres Zitat von Prof. Dr. Dr. Ernst Woit, Dresdener Studiengemeinschaft SICHERHEITSPOLITIK e.V. Gerade weil das ein brisantes Thema ist, bei dem die wenigen Vertreter in der Öffentlichkeit für Durchgeknallt erklärt werden, erlaube ich es mir einmal, mich hinter der Professorenautorität zu verstecken.

»Schon sehr bald nach dem 11. September 2001 wurde in den tonangebenden Medien ziemlich offen darüber reflektiert, dass der Terrorismus-Begriff zur Kriegsrechtfertigung nun viel geeigneter sei als der Begriff der Menschenrechte. So stellt Jan Ross unter Berufung auf Henning Ritter fest, seit dem 11. September sei der Begriff der Menschenrechte politisch unbrauchbar geworden und habe Terrorismusbekämpfung "den Begriff der Menschenrechte als Argument für westliche Interventionen ersetzt."

Worum es den USA und ihren Hauptverbündeten tatsächlich geht - und warum sie die größte Furcht davor haben, dass die Völker der Welt die Menschenrechte wörtlich nehmen und ihre Realisierung einfordern -, hat Kurt Biedenkopf mit bemerkenswerter Offenheit so eingeschätzt:

"Zunehmend habe ich den Eindruck, dass unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung im Zenit ihrer Entwicklung angelangt ist. Im Grunde hat sie damit keine Zukunftsperspektive mehr. Die Art wie wir leben, ist nicht verallgemeinerungsfähig. Wir können unsere materiellen Ansprüche an die Erde und ihre Ressourcen nicht auf die große Mehrheit der Menschheit übertragen. China und Indien mit der gleichen PKW-Dichte und dem gleichen Verbrauch an Energie wie in einer hochentwickelten Zivilisation wären undenkbar."

Doch wie lautet die Konsequenz, die Biedenkopf aus dieser treffenden Analyse zieht? "Das heißt aber, dass die Fortführung unserer eigenen Lebensweise nur mög-

lich ist, wenn sie auch in Zukunft einer privilegierten Minderheit, den hochentwickelten Industrienationen, vorbehalten bleibt." (K. Biedenkopf, 1998 - 1990. Ein deutsches Tagebuch, Berlin 2000, S. 224.)

Das aber bedeutet, keine substantiellen Änderungen an der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung zuzulassen, die 20 Prozent der Weltbevölkerung den Verbrauch von 80 Prozent der Weltressourcen sichert. Genau das ist das Hauptmotiv und der Kern jener Strategie der Rekolonisierung, die die USA und ihre Hauptverbündeten eigentlich nie aufgegeben hatten, die sie jedoch nach dem Untergang der Gegenmacht Sowjetunion hemmungsloser denn je verfolgen.«

<http://www.sicherheitspolitik-dss.de/autoren/woit/ap6402ew.htm>

Auf die privilegierten Minderheit werden wir noch öfters stoßen. Roman Herzog äußerte auch im Fernsehen, dass zu viele Menschen CO2 ausstoßen. Was haben die Hochwohlgeborenen mit dem Rest der Menschheit nur vor?

--- GEHEIMAKTE ---

Die Bilderberg-Konferenz

Voranschicken muss ich noch, dass die Geheimstory wie eine Verschwörungstheorie sich liest. Ich habe aber deshalb die zwingende Logik für das Kapital einer Gefängnisweltdiktatur vorangestellt. Eine Verschwörungstheorie wären die Weltdiktaturpläne in der Tat dann, wenn man nur sagen würde, sie machen diese Pläne nur deshalb, weil sie böse sind. Nein, wir sagen, denen bleibt gar nichts anderes übrig, wenn sie die Herrschaft behalten wollen. Ihre Diktaturpläne sind dann geradezu zwingend.

David Rockefeller äußerte sich 1941 zu den Plänen "Es wäre unmöglich gewesen, dass wir unseren Plan für die Weltherrschaft hätten entwickeln können, wenn wir Gegenstand der öffentlichen Beobachtung gewesen wären. Aber die Welt ist jetzt weiter entwickelt und darauf vorbereitet, in Richtung einer Weltregierung zu marschieren. Die supranationale Souveränität einer intellektuellen Elite und der Weltbanker ist sicher der nationalen Souveränität, wie sie in der Vergangenheit praktiziert wurde, vorzuziehen".

In der Regel springt bei einem Dilemma der Bourgeoisie die Bertelsmann-Stiftung ein, aber damit diese Weltherrschaftspläne auch im Geheimen entwickelt werden konnten, arbeitet David Rockefeller bei den Bilderberg-Konferenzen mit.

Der Mitbegründer und erste Vorsitzende der Bilderberger, Prinz Bernhard der Niederlande bekannte: "Es ist schwierig, die im Nationalismus aufgewachsenen Völker umzuerziehen und sie an die Idee zu gewöhnen, ihre Souveränität an übernationale Organisationen abzutreten"

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/4/4258/1.html>

Dieses Treffen findet jährlich statt, hat immer feste Einladener, aber ca. 100 wechselnde Teilnehmer. Niemand

darf über den Inhalt sprechen, deshalb gerät das Treffen schnell in die Ecke von Verschwörungstheorien. Es trifft sich aber dort die Crème des Kapitals und deshalb sind die Inhalte für Marxisten höchst interessant.

Die passenderweise "Grenzwissenschaften" genannte Website zitiert Egon Bahr bezüglich Bilderberg wie folgt:

"Wenn Tausende von Milliarden Dollar in Gewicht von Zentnern zu rechnen wären, dann würde der Fußboden einsturzgefährdet sein, auf dem sich die Herren Rockefeller, Agnelli, Ford, Rothschild, Heinz, kleinere Millionäre wie Wolff von Amerongen, Herren der Banken, Minister, Präsidenten und sonstige Koryphäen bewegten, die etwas zu sagen haben, dank ihrer Stellung oder ihres Gehirns."

Auch die deutsche Teilnehmerliste zeigt, dass das, was dort beredet wird, vom öffentlichen Interesse sein sollte: Hermann Josef Abs, Josef Ackermann, Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, Helmut Kohl, Hilmar Kopper (Deutsche Bank-Aufsichtsrat), Volker Rühle, Rudolf Scharping, Axel Springer, Christoph Bertram, Gerhard Schröder, Angela Merkel, Jürgen Schrempp, Fried-



bert Pflüger, Matthias Wissmann, Mathias Döpfner, Klaus Kleinfeld, Hubert Burda, Klaus Zumwinkel, Matthias Nass, Eckehard Schulz, Egon Bahr, Walter Scheel, Otto Schily etc. (Foto: Von der kanadischen Polizei abgesperrter Tagungsort der Bilderberg-Konferenz 2006 im „Brookstreet Hotel“, Ottawa)

Manchmal dringt ja schon bei so einem großen Kreis (etwa 500 Personen bis jetzt) etwas durch, z.B. die Verachtung der Bilderberger für alle, die nicht der Elite angehören. Mit der "systemischen Methodik" wird der Globus in verschiedene Bereiche aufgeteilt und dann dort ihre Frontmänner an die Spitze der jeweiligen Institution gesetzt, die den entsprechenden Teil der Welt regieren. Aber gut, dies versuchen auch alle Geheimbünde wie die Rosenkreuzer, Freimaurer, der Illuminatenorden oder Skull and Bones, in dem die Bush-Familie aktiv ist und auch manche Rockefeller. Nur, dafür braucht es keinen extra Geheimbund, das will auch jede schlagende Verbindung, jeder Golf- oder Industrieclub.

„Durch diese Methode war die Bilderberg-Gruppe in der Lage die Nationen Europas, unter dem Schleier von Handelsverträgen, in der EU zu vereinigen. Derselbe Prozess wird nun auf Kanada, die USA und Mexico angewandt, welche in der Nordamerikanischen Union

(NAU) konglomeriert werden sollen, allerdings nicht ohne den Widerstand der amerikanischen Bevölkerung." (Estulin nach dem Film Endgame von Alex Jones. Dieser Film ist als Verschwörungstheorie mit Vorsicht zu genießen, aber in diesem Punkt wird er ja von Henry Kissinger bestätigt.)

http://infokrieg.tv/endgame_261007.html

Die Aussage Henry Kissingers 1993 bei einem Treffen im Haus der Weltkulturen in Berlin zeigt auch, wie viel Einfluss die Bilderberger Geheimniskrämer letztlich haben: "Die vier Botschafter (der Siegermächte des zweiten Weltkrieges) brauchten über das Berlin-Abkommen nicht viel zu verhandeln. Sie brauchten nur den Text zu unterzeichnen, den die Bilderberger ausgearbeitet hatten." Und Deutschlandradio Berlin kommt zu dem Schluss „Eine der exklusivsten Runden, die großen Einfluss auf die Strategien der westlichen Allianz hatte, ist die Bilderberger Konferenz mit prominenten Diplomaten, Ökonomen und Politikern".

<http://www.dradio.de/dlr/sendungen/kalender/266508/>

Dass nun die Herrschaften ihrem Ziel der Weltregierung näher gekommen sind, zeigt die Aussage von David Rockefeller vor der UN am 14., Sept. 1994.: „Wir stehen kurz vor einer weltweiten Umformung. Alles, was wir benötigen, ist die richtige bedeutsame Krise und die Nationen werden die Neue Weltordnung bejahen."

http://de.wikipedia.org/wiki/David_Rockefeller

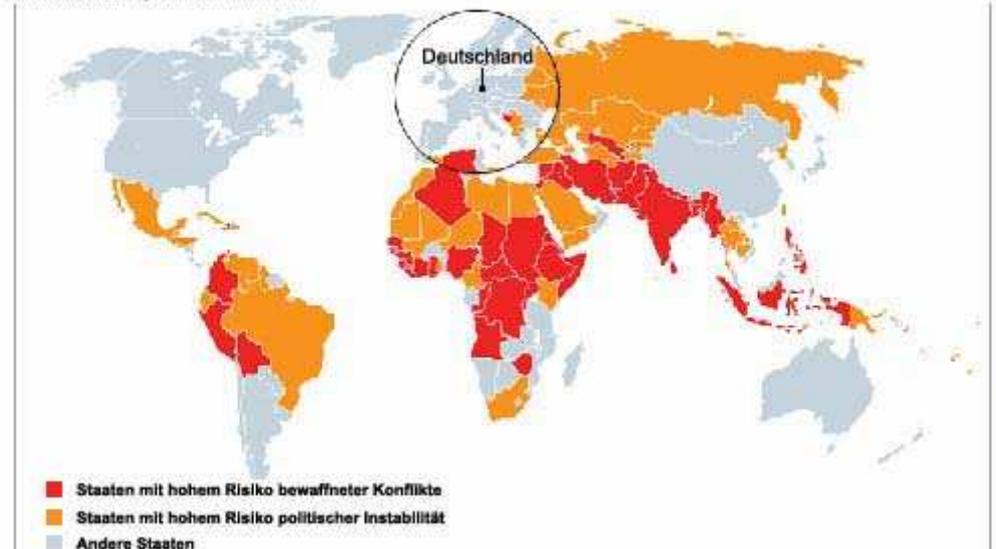
Die Verschwörungstheoretiker rechnen genau an dieser Stelle damit, dass diese Krise bewusst von der Elite herbeigeführt wurde. Davon distanzieren wir uns ausdrücklich. Natürlich haben die Kapitalisten die Krise nicht gewollt herbeigeführt, sie wird auch ihnen Aberbillionen kosten und viele Elefanten werden dabei zugrunde gehen. „The Big Three“ sind ja jetzt schon am Wackeln. Die Krise ist das Ergebnis der kapitalistischen Akkumulation, er muss sich zwangsweise stetig erweitern und nun gibt es nichts mehr zu erweitern und genau in diesem Moment verliert auch die herrschende Währung das Vertrauen der Welt in ihre Schutz- und Antriebskraft, jede weitere Profitproduktion wird unmöglich.

Von nun an gilt es, Löhne (1-Euro-Job) und Preise international festzusetzen. Dazu bedarf es einer totalitären Weltregierung, das ließe sich nicht demokratisch installieren. Das werden die Pläne der Bourgeoise sein und nur dazu bedarf es Geheimbünde wie die Bilderberger. Es braucht für die 1-Euro-Jobber nur noch ein Minimum, z.B. 10-Bett-Zimmer wie für die Wanderarbeiter in Rotchina oder Sonden für das Mittagessen, da können die Leute weiterarbeiten und der Abteilungsleiter bräuchte nur auf den „Mahlzeit“-Knopf zu drücken und schon sind

alle rundum satt. Die Betriebsmeister und Ingenieure bekommen noch fast wie heute eine gute Versorgung. Es braucht im Wesentlichen nur noch für die Bosse produziert werden und da aber auch reichlich. Nun braucht man dafür aber nicht 6,5 Milliarden Menschen, da langen auch drei oder zwei. Na gut, dafür hat man auch schon einen Plan gezimmert, nennt aber einfach andere Gründe, damit es nicht gar so schockt:

DAS DOPPELTE RISIKO

Die Folgen des Klimawandels bergen ein hohes Risiko bewaffneter Konflikte in 46 Staaten mit einer Bevölkerung von insgesamt 2,7 Milliarden Menschen. In weiteren 56 Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 1,2 Milliarden Menschen droht ein hohes Risiko politischer Instabilität



Quelle: Internationaler Albert

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,515902,00.html>

Klimawandel und bewaffnete Konflikte, so so. Warum machen die Klimatoten genau vor Griechenland halt und gehen in Serbien weiter? Die bewaffneten Konflikte finden genau in den Ländern statt, wo die Alliierten Krieg führen oder noch führen will, Krieg führen lässt oder Unruhe stiftet. Und was ist eigentlich der Internationaler Albert? Na ja, egal eigentlich, was die Bourgeoisie jetzt vorhat, es kann nur Mist sein. Ob nun der Weltkrieg wegen der amerikanischen Seidenstraßenstrategie oder der Welt-diktatur geführt wird, kommt auf das gleiche raus, denn in beiden Fällen würde die Erde 35mal zerstört werden.

Jede Putzfrau, jeder Fensterputzer kann besser wirtschaften wie die Elite. Wenn die Vera abends kocht, fragt sie erst, für wie viel, und wenn der Gerd dann grillt, fragt er erst, wer will alles Schnitzel. So einfach ist das. Die „Elite“ aber röstet erst 20 Schnitzel, macht dann Werbung dafür im Fernsehen und bevor sie auf ihnen Schnitzeln sitzen bleibt, zetteln die „Gehirne“ einen Krieg mit ihren Konkurrenten an. Die Produktionsweise ist in den Überflusszeiten vollkommen abnormal, aber die Kapitalisten können nicht anders, nur mit totaler Zerstörung. Also, Eliten, geht jetzt einmal beiseite und lasst die Vera und den Gerd ran, die können es besser.

Norbert Nelte

<http://www.marktende.de/>

nc-nelteno@netcologne.
Internationale Sozialisten im Netzwerk Linke Opposition

GDL-Abschluss: Lehren des Streiks

von Martin Suchanek, www.arbeitermacht.de,
15.01.2008

Der GDL-Streik hat für viele Lohnabhängige zweifellos ein positives Signal gesetzt. Endlich wehrt sich eine Gruppe von ArbeiterInnen und Angestellten und lässt sich nicht gleich einschüchtern. Die streikenden BahnerInnen stießen trotz massiver bürgerlicher Hetze, einer seltenen „breiten“ Gegnerschaft von Bahnvorstand, Unternehmensverbänden, Regierung, Medien bis hin zu den DGB-Gewerkschaften auf große öffentliche Sympathie und (potenzielle) Unterstützung.

Die Tatsache, dass die GDL nicht vernichtend geschlagen werden konnte, sondern einen Teil ihrer Forderungen mittels Streik durchsetzen konnte, hat auch andere ermutigt, höhere Tarifforderungen zu stellen.

Auch wenn ein unterschrittsreifer Tarifvertrag erst Ende Januar vorliegen soll, so sind die Eckpunkte der Vereinbarung schon klar - de facto eigener Tarifvertrag für die LokführerInnen, Arbeitszeitverkürzung von 41 auf 40 Stunden ab 2009, stufenweise Lohnerhöhung auf 11 Prozent.

So positiv die Tatsache, dass sich die BahnerInnen gewehrt haben, auch ist - es muss zugleich eine kritische Bilanz des Kampfes und seines Ergebnisses gezogen werden.

Bahnvorstand und Bürokratie bremsen die Belegschaft aus

Der Kampf der GDL begann zwar als „normaler“ Tarifkampf, aber er wurde rasch zu einer politischen Konfrontation - nicht nur mit dem Bahnvorstand, sondern auch mit der Regierung, der Justiz und der Kapitalistenklasse insgesamt. Er stellte entgegen dem Willen der beteiligten Kräfte sowohl das Sozialpartnerschaftssystem bei der Bahn wie auch die ohnehin ins Trudeln geratene Bahnprivatisierung in Frage.

Diese Entwicklung und die Ungewissheit des Ausgangs einer politischen Konfrontation und eines unbefristeten Streiks der LokführerInnen haben Bahnvorstand und GDL-Bürokratie - aber auch die Regierung - dazu bewogen, einen Kompromiss zu suchen, den Kampf zu entschärfen und so einer weiteren Zuspitzung sowie einer möglichen politischen Radikalisierung der LokführerInnen vorzubeugen.

Diesen Kompromiss ging die GDL-Führung nur allzu gerne ein, weil sie selbst im Grund nur ständische Interessen verfolgte.

Das zeigte sich darin, dass die GDL-Führung die Bahnprivatisierung keineswegs grundsätzlich ablehnte oder ablehnt. In ihren Augen war der Konzern nur noch nicht „reif dafür.“

Das zeigte sich im Laufe der Auseinandersetzung auch



darin, dass die GDL nicht darauf orientierte, die gesamte Belegschaft bei der Bahn für einen gemeinsamen Kampf zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einkommen zu gewinnen, also Druck auf Transnet und GDBA wie den DGB insgesamt auszuüben. Im Gegenteil: Schell und Co. haben den Streik immer nur als reine Tarifangelegenheit der GDL betrachtet.

Dieser enge, auf die eigene Klientel zielende Interessenshorizont bezog sich - wie die Verhandlungsergebnisse bislang zeigen - nicht nur auf die KollegInnen außerhalb des GDL-Organisationsbereichs, sondern auch auf die eigenen Mitglieder. Aus dem Tarifvertrag für das Fahrpersonal, also Lokführer und Zugbegleiter, ist flugs ein Lokführertarifvertrag geworden. Die Zugbegleiter fallen durch den Rost.

Schließlich wurden die gesellschaftlichen Fragen der Bahn überhaupt nicht aufgegriffen. Der Börsengang der Bahn und ihr Umbau zu einem globalen Logistikkonzern haben ja nicht nur für die Beschäftigten, sondern mindestens ebenso für die Bevölkerung, d.h. für alle Lohnabhängigen verheerende Auswirkungen in Form von Streckenstilllegungen und permanenten Preiserhöhungen.

Praktisch ist die GDL-Spitze ebenso wie Transnet oder GDBA bereit, die Bahnprivatisierung „mitzugestalten.“ Diese sozialpartnerschaftliche Politik bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als für einige Zugeständnisse (insbesondere an die kampfstärkeren, also für den Betriebsablauf bei der Bahn strategisch wichtigen Belegschaftsteile) Verschlechterungen bei anderen Teilen und für die Gesamtklasse in Kauf zu nehmen. In diese Hinsicht ist die Politik der GDL ebenso wie jene von Transnet und GDBA schlichtweg spalterisch.

Es ist nicht nur ein „Versäumnis“ der GDL-Führung, dass sie während des Kampfes keine Forderungen gegen die Privatisierung oder gegen die Preiserhöhungen bei der Bahn entwickelt hat, sondern vielmehr Resultat ständischer Politik, dem Bahnvorstand im Gegenzug für weniger Einschnitte, ein paar Verbesserungen usw. die Privatisierung und die „Preisgestaltung“ - sprich Monopolprofite auf Kosten der „Kunden“, also der Mehrheit der Arbeiterklasse zu überlassen.

Weder vor noch nach dem Streik hat die GDL (in der Hinsicht Transnet und der GDBA durchaus ähnlich) Forderungen oder gar eine politische Konzeption entwickelt, den Kampf für die Verteidigung der Interessen der Beschäftigten mit dem Kampf für ein rationelles Verkehrssystem im Interesse der Bevölkerung zu verbinden

(z.B. im Kampf für den Ausbau des Streckennetzes, für kostenlosen öffentlichen Nahverkehr etc.).

Genau diese Forderungen wären es jedoch, mit denen im Streik und über den Streik hinaus die Sympathie vieler Menschen in aktive Solidarität und organisierten gemeinsamen Kampf umgewandelt hätte werden können. Dazu wäre jedoch eine gesellschaftliche Perspektive notwendig, die von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse ausgeht und sich nicht auf die zweifellos berechtigten Interessen der Lokführer nach besserer Bezahlung und besseren Arbeitszeiten beschränkt. So ist letztlich Solidarität nicht möglich und auch keine dauerhafter Widerstand gegen die Konzerninteressen.

Fehlen einer Opposition

Für Zugeständnisse im Sinne ihres engen Standesinteresses war die GDL-Führung bereit, den Streik ohne viel Diskussion abzubrechen und damit auch dem Bahnvorstand und der Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Das - im Vergleich zu den DGB-Gewerkschaften eher unübliche Hin und her bis zum finalen Abschluss - war nicht mehr als dekoratives Werk, das dem grundsätzlichen Charakter der GDL-Politik keinen Abbruch tat und tut.

Dabei kamen der Führung drei Faktoren zugute:

a) ihr eigenes Prestige, das gerade in den ersten Monaten des Kampfes aufgrund der Hetze durch Medien, Bahnvorstand, Gerichte, DGB-Gewerkschaftsbonzen gestiegen war;

b) das Fehlen einer eigenen politischen und gesellschaftlichen Perspektive der Basis, die über jene des GDL-Vorstandes hinausging, und damit

c) das Fehlen einer eigenständigen Organisation an der Basis, des Kampfes um die Kontrolle über den Streik, über den Gegenstand der Verhandlungen, die Wahl und Abwählbarkeit von Streikleitungen etc.

Das widerspiegelt, dass auch die LokführerInnen in ihrer großen Mehrheit auf keine politische Klassenkonfrontation vorbereitet waren und wie die GDL-Spitze auf einen eigenen Tarifvertrag hofften. Sie waren verwundert, als sie z.B. zu spüren bekamen, dass die Gerichte Organe der Klassenjustiz sind, dass die Presse eben nicht „objektiv“ berichtet usw. usf.

Hinzu kommt - und das ist am allerwenigsten Schuld der LokführerInnen oder der GDL - dass es weder eine klassenkämpferische oppositionelle Basisbewegung in den Gewerkschaften noch eine, und sei es auch kleine revolutionäre Arbeiterpartei gibt, die das Bewusstsein der Streikenden über den Charakter ihres Kampfes oder die praktische Solidarität in anderen Sektoren der Klasse in Form von Massenaktionen hätte organisieren können.

Diese politischen Aufgaben sind es, die wir anpacken müssen, um zukünftige, unvermeidliche und noch weit heftigere Kämpfe bei der Bahn und in anderen Bereichen erfolgreich bestehen zu können!

Butter statt Kanonen!

von Francis Byrne , 13.01.2008

Inflation für Rentner und Arbeitslose liegt bei etwa 7 Prozent

Offiziell lag die Inflationsrate im Dezember 2007 bei 3,3 Prozent (im Vergleich zum Vorjahresmonat). Allerdings ist diese Zahl trügerisch, da viele Produkte zum Teil erheblich billiger geworden sind: Fernreisen, neue PKW, Fernseher, Computer, MP3-Player und ähnliches. Das Problem ist, dass sich lohnabhängige Arbeiterinnen und Arbeiter, sowie Rentner oder Arbeitslose nur in Ausnahmefällen solche Produkte leisten können.

Die lebenswichtigen Dinge des täglichen Bedarfs, wie Grundnahrungsmittel, Treibstoff und Wärmeenergie haben sich unverhältnismäßig stark verteuert. Schon im August 2007 fragte die 'Bild-Zeitung': „Sollen Rentner jetzt etwa keine Butter mehr essen?“ (1) und verwies auf erheblich gestiegene Preise bei Lebensmitteln: Butter + 36 %, Zwiebel + 22 %, Weizenmehl + 13 %, frische Vollmilch + 11 %, Bananen und Brötchen + 5 %, etc. Nun hat sich im Dezember 2007 diese Teuerung noch beschleunigt. So legt die Printausgabe des Focus (Ausgabe 2/2008) folgende Zahlen vor: Milch + 27 %, Brötchen + 7 %, Paprika + 21 %, Strom + 8 % und Diesel + 21 %. Bürgerliche Ökonomen nennen dies die wahrgenommene oder gefühlte Inflation.



Für viele Lohnabhängige ist diese gefühlte Inflation aber bittere Lebensrealität. So schreibt ‚Die Zeit‘:

„Die rasante Steigerung der Verbraucherpreise trifft Deutschlands Rentner besonders hart: Aus der Sicht eines Rentnerhaushaltes habe die Inflation im Monat November an die "sieben Prozent" betragen, hat der Inflationsexperte Hans Wolfgang Brachinger für die ZEIT geschätzt. Brachinger lehrt Wirtschaftsstatistik an

der Universität Fribourg (Schweiz) und gilt als führender Inflationsexperte." (2)

Immer mehr Menschen können sich keine Butter, kein frisches Obst oder Gemüse mehr leisten. Immer mehr Menschen können sich keine neuen Schuhe oder das Lehrmaterial für die Kinder leisten. Immer mehr Menschen - und hier ganz besonders die Rentner und Hartz IV'ler - heizen kaum noch ein, da sie sich diese explodierenden Preise nicht mehr leisten können.

Mittlerweile machen sich nach einer Umfrage des ‚Allensbacher Institutes‘ 57 Prozent der Deutschen Sorgen wegen der steigenden Preise. Im Sommer 2007 waren es noch 41 Prozent gewesen.

Das Platzen der Subprime-Immobilienblase in den USA hat weltweit Banken und das Finanzsystem ins Taumeln gebracht. Mit immer höher gebauten Luftschlössern versprachen Banken ihren Kunden gute Profite. Der Immobiliensektor in den USA wurde künstlich durch die Vergabe von Krediten an Menschen aufgebauscht, die sich diese Kredite objektiv nicht leisten konnten. Ein steter Rückgang der realen Wertschöpfung liess diese Blase im Sommer 2007 platzen.

Viele Banken - besonders die großen amerikanischen Banken - sind objektiv pleite. Die Staatsbanken scheuen davor zurück, nun auch einige dieser Banken pleite gehen zu lassen, wie es eigentlich im sogenannten „freien Spiel der Marktkräfte“ geschehen würde. Dies würde aber das zunehmend instabile System in den Grundfesten erschüttern. Stattdessen werden die milliardenschweren Ausfälle der Banken verstaatlicht, das heißt, das der Staat die Schulden übernimmt. Um dies bewerkstelligen zu können, müssen die Staatsbanken immer wieder und immer mehr Geld in das marode System pumpen. Letztlich bedeutet dies aber auch keine Rettung für das System: die Erschütterung des Systems wird nur eine Weile in die Zukunft verschoben und wird dafür nur noch stärker sein. Die Inflationstendenzen werden sich weiter verstärken. Es droht sogar eine galoppierende Inflation, wenn nicht sogar eine Hyperinflation.

Die Inflationsneigung ist kein nationales Phänomen, weltweit gibt es seit Mitte der letzten Jahres einen Preisrück bei Lebensmitteln und Energie. USA, China, Japan aber auch in den Ländern des Südens steigen die Preise an. Die Wirtschaftswoche titelte in der Printausgabe vom 8.10.2007 sogar: „Die globale Inflation kehrt zurück“.

Für die Arbeiterklasse ist diese Entwicklung eine Katastrophe. Sie sollen für das Scheitern des kapitalistischen Systems blechen. Die Inflation wirkt wie eine zusätzliche Steuer und frisst das wenige Geld, das uns zur Verfügung steht, immer schneller weg. Wir werden den Kampf um unseren Lebensunterhalt ausweiten müssen. Ein wichtiger Aspekt sind deutliche Lohnerhöhungen und ein solidarischer Kampf von Arbeitern, Rentnern und Arbeitslosen um die Erhöhung auch der Renten- und Arbeitslosengelder.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Forderung nach der Aufgabe von teuren Rüstungsplänen und imperialistischen Kriegseinsätzen im Ausland. Betrachtet man die

tolle Grafik des isw-institutes aus München (3) so erkennt man, dass für die Zerstörung und für die mörderische Kriegsmaschinerie Unsummen ausgegeben werden, die immer nötiger für konstruktive und sinnvolle Dinge ausgegeben werden müssten. Aktivisten könnten diese Grafik ausdrucken und an Freundinnen und Freunde, Kolleginnen und Kollegen weiterreichen. Denn durch die Verknüpfung der rapide wachsenden Teuerung mit der mörderischen und imperialistischen Kriegsmaschinerie kann man die Absurdität des kapitalistischen Konkurrenzsystems sehr gut verstehen und erklären.

Beispiele aus der isw-Grafik:

Für die Anfang 2007 im Ausland stationierten 7.800 Soldatinnen und Soldaten wurden 1,4 Mrd. Euro ausgegeben. Für dieses Geld könnten 25.000 Krankenschwestern sowie weitere 20.000 Altenpfleger zusätzlich eingestellt werden.

Oder für die geplanten 180 Eurofighter (die ersten sind nun im Staffeleinsatz), deren Kosten sich auf ca. 24 Mrd. Euro belaufen, könnten 1840 Berufsausbildungszentren für je 500 Auszubildenden eingerichtet werden.

Oder für die geplanten 60 Stück Militärairbus A 400 M bei geplanten 9,2 Mrd. Euro Kosten, könnten 6571 Kindergärten mit je 4 Gruppen eingerichtet werden. Und vieles mehr. Innerhalb des kapitalistischen Systems werden wir den Schwerpunkt aber nicht verändern können. Der Kapitalismus hat nichts mehr anzubieten, als Kriege und Krisen.

Mit der wachsenden Krise und der zunehmenden Inflation wird es für die Massen immer wichtiger, um mehr Lohn und bezahlbare Nahrung, Energie und Wohnraum emanzipiert und selbständig in Aktion und in den Kampf zu treten. Immer wieder haben die Arbeitermassen konsequent und mutig für eine neue solidarische Gesellschaft gekämpft. Was immer wieder - außer in Russland 1917 - fehlte, war eine revolutionäre Führung, welche die Kämpfe zusammenführt und verknüpft, und die Massen vor den Versuchen der herrschenden Klasse, die Herrschaft mit allen Mitteln zu behalten, warnt.

Das Netzwerk Linke Opposition hat es sich zur Aufgabe gemacht, revolutionäre Gruppen und Einzelpersonen aus verschiedenen Traditionen zusammenzubringen und gemeinsam eine Perspektive zu entwickeln, wie eine solche revolutionäre Führung zustande gebracht werden kann.

Das Netzwerk Linke Opposition lebt vom der aktiven Mitarbeit und Kreativität vieler revolutionärer Aktivisten. Deine Kraft und Deine Ideen fehlen uns noch. Mach mit!

(1)
<http://www.bild.t-online.de/BTO/tipps-trends/geld-job/2007/10/02/teuerung-renten/rentner-betroffen,geo=2594738.html>

(2)
http://www.presseportal.de/pm/9377/1101622/die_zeit

(3)
<http://www.isw-muenchen.de/download/waffen-bw-07-08.pdf>

An euch, ihr Kapitalisten und an euch, ihr Politiker

von Mo K. , 29.01.2008

Wir sind nicht für euch auf der Erde, ihr Kapitalisten und auch nicht für euch, ihr Politiker!

Kapitalisten und Politiker hört gut zu!

Wir sind nicht für euch auf der Erde, wir sind nicht dazu da, euer Kapital oder eure Macht zu mehren!

Ihr Kapitalisten und ihr Politiker habt ihr zugehört?

Wir sind nicht für euch da und wir sind nicht eure Untertanen!

Wir geben unsere Kraft und unsere Leben nicht mehr bei euch ab!

Habt ihr das endlich verstanden ihr Kapitalisten und ihr Politiker?

Ihr habt uns mit Lügenpropaganda überschüttet, bis wir glaubten, euch zu brauchen, euch Kapitalisten und euch Politiker.

Wir haben uns für unfähig gehalten, weil ihr uns das über Generationen eingepflichtet habt.

Wir haben unsere Hirne von euch waschen lassen und eure Lügenpropaganda geglaubt.

Wir haben uns, Generation für Generation, von euch unterdrücken, beherrschen, ausbeuten und für eure Zwecke missbrauchen lassen.

Ihr habt uns in Kriege geschickt, um eure Kapitalinteressen und eure Machtansprüche zu verteidigen.

Jeder dieser Kriege war völlig sinnlos und hat nur Schmerz und Leid über uns gebracht.

Ihr habt unsere Körper und unsere Intelligenz für eure Bereicherung benutzt und uns mit Krümeln abgespeist.

Wir sind wirklich reingefallen und haben in der Schufferei für euch einen Lebenssinn vermutet.

Das war Unsinn - ihr habt uns die Welt falsch erklärt, das haben wir jetzt endlich verstanden.

Und wir nehmen eure Lügen und euren Verrat nicht mehr hin.

Versteht ihr?

Das ist jetzt vorbei!

Und deshalb ist es besser, wenn ihr uns unser gemeinsames Kapital und unsere Macht zurück gebt, denn sonst werden wir uns nehmen, was uns gehört.

Wir werden alles zurück holen, was unsere Mütter und



Väter erarbeitet haben - mit ihrem Körper und ihrem Verstand.

Und wir nehmen nicht mehr hin, dass ihr euch den Planeten aneignet

und an unserer Lebensgrundlage Raubbau und Manipulationen betreibt.

Wir nehmen unser Leben in unsere eigene Hand und holen alles was

uns gehört zurück - unser gesamtes Kapital, und unsere gesamte Macht!



Linke Zeitung, Mail: redaktion@linkezeitung.de
Verantwortlicher gemäß § 6 MDStV:
Peter Weinfurth, Pregelstr. 19, 58256 Ennepetal

ERROR: syntaxerror
OFFENDING COMMAND: --nostringval--

STACK:

/Title
()
/Subject
(D:20080130065137+01'00')
/ModDate
()
/Keywords
(PDFCreator Version 0.9.5)
/Creator
(D:20080130065137+01'00')
/CreationDate
(M)
/Author
-mark-